

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen

Dezember 2007/4

Verfassungsfeind NPD

Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD

Das hier ausführlich dargestellte Ergebnis wissenschaftlicher Extremismusforschung weist die NPD als nationalsozialistische Partei aus. Die NPD will einen Exodus von Millionen Menschen erzwingen und sie enteignen. Eine Horrorvision: die „sozialen“ Verlockungen der NPD sollen auf dem Rücken von Millionen neuer Opfer umgesetzt werden. Das größte Land der Europäischen Union soll sich abschotten und auf dem Kontinent und in der Welt isolieren. Das NPD-Konzept ist der teuflische Plan für eine dritte Diktatur in Deutschland. Schlussfolgerung: Ein Verbot der NPD ist ein Gebot.

Von Steffen Kailitz

1. Die NPD – eine nationalsozialistische Partei

Die NPD siedelt programmatisch bereits inmitten des nationalsozialistischen Spektrums und schlägt nicht nur Brücken in es hinein. „Nationalsozialismus“ ist dabei als Gattungsbegriff für rechtsextremistische Parteien zu verstehen, deren Programmatik eine völkische Grundausrichtung mit einer starken Betonung sozialstaatlicher Elemente und dem Streben nach einer staatlichen Kontrolle der Wirtschaft kombiniert. Die NPD erfüllt – wie der Beitrag zeigen wird – diese Kriterien und ist als nationalsozialistische Partei anzusehen.

Es ist kein unverzichtbares Kriterium, aber doch ein wichtiges Indiz

für die Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Parteienlager, wenn die Anhänger einer Partei propagieren, einen Nationalsozialismus, einen nationalen, deutschen oder völkischen Sozialismus zu vertreten. Anhänger und Funktionäre der NPD bezeichnen die ideologische Grundausrichtung der Partei als „sozialen Nationalismus“¹ und vor allem als nationalen Sozialismus. Die Parteijugend bekennt sich in ihrem Grundlagenprogramm geschlossen zu dieser Ausrichtung. Da heißt es: „Wir deutsche Nationalisten sind Sozialisten.“² Die Göttinger Parteijugend formuliert das Glaubensbekenntnis so: „Wir, die deutsche Jugend, das heißt die, die wir noch deutsch sein wollen, stehen hinter der NPD! Wir sind nationale Sozialisten und wissen, dass nur der nationalistische Glaube Deutschland, Europa und



Privatdozent Dr. habil. Steffen Kailitz, seit Oktober 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, zuvor: TU Chemnitz, Professur Politische Systeme, politische Institutionen. Forschungsschwerpunkte u.a.: Extremismus, Totalitarismus. Im Zusammenhang mit der hier vorliegenden Arbeit sind aus seiner umfangreichen Veröffentlichungsliste hervorzuheben: *Politischer Extremismus in Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004. *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. „Volksfront“ oder „Narrensaum“?*, Sankt Augustin 2005. *Das ideologische Profil rechter Flügelparteien in demokratischen Verfassungsstaaten. Eine Auseinandersetzung mit den Überlegungen Herbert Kitschelt's*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): *Politische Extremismen im Vergleich*, Köln/Weimar 2005, S. 283–320.

Hans-Jürgen Grasemann
Keine Toleranz für die Feinde der Demokratie

Seite 3

Annemarie Renger wurde 88

Seite 11

Lieber ein Denkmal für Krenz?

SED-Geschichtsklitterung wird fortgesetzt

Seite 12

Inhaltsverzeichnis

Steffen Kailitz Verfassungsfeind NPD Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD	Seite 1
Hans-Jürgen Grasmann Keine Toleranz für die Feinde der Demokratie	Seite 3
Cornelius Zimmermann, Florian Kaiser Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	Seite 8
Gerald Wiemers Heinz Eisfeld Mit 21 Jahren in Moskau ermordet	Seite 9
Inflation der falschen Gleichsetzungen Leserbrief von Dr. Sybille Krafft	Seite 10
Annemarie Renger wurde 88	Seite 11
Lieber ein Denkmal für Krenz? SED-Geschichtsklitterung wird fortgesetzt	Seite 12
Aus den Verbänden	
BWV-Bayern Idee der Freiheit besiegte Hitler und Stalin	Seite 13
BVN-Berlin Antisemitismus in der DDR	Seite 14
Neuerscheinungen	Seite 15
Impressum	Seite 20

den Rest der Welt in eine bessere, friedlichere und gerechtere Zukunft führen kann, wenn er weltweit angewendet wird.“³

Inhaltlich lassen die Programme der NPD keinen Zweifel an der nationalsozialistischen Grundausrichtung. Wie bei der NSDAP steht das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft im Mittelpunkt aller programmatischen Äußerungen der NPD. Die Partei beklagt dabei, dass es derzeit keine Volksgemeinschaft gebe. So heißt es: „Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört. An ihre Stelle trat eine Ansammlung von Individuen mit egoistischen Zielen. Gemeinsame Werte wurden zerstört und die Gemeinsamkeit von Geschichte, Kultur und Abstammung wird durch bewusst herbeigeführten, fortgesetzten Ausländerzustrom vernichtet.“⁴ Häufig ist in der Partei und ihrem Umfeld dabei mit Blick auf die Zuwanderung von einem drohenden Völkermord an den Deutschen zu lesen.

Auf dem Weg zu ihrer Utopie einer Volksgemeinschaft erscheint der NPD zweierlei notwendig:

- eine Unterordnung der Volksdeutschen unter die Interessen einer völkisch definierten deutschen Gemeinschaft und
- ein Ausschluss aller Menschen aus der deutschen Gesellschaft, die aus Sicht der NPD nicht in eine deutsche Volksgemeinschaft gehören.

Das zugrunde liegende Menschenbild, das NSDAP und NPD gemeinsam haben, fasst die NPD in folgende Worte: „Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes.“⁵

Aufgrund der gleichen Grundausrichtung der Ideologie ist es nicht verwunderlich, dass Funktionäre der NPD die nationalsozialistische Diktatur und ihre führenden Vertreter positiv beurteilen. In dieser Hinsicht gehen die Funktionäre der NPD zum Teil sogar weiter in Richtung eines Hitlerismus als andere nationalsozialistische Gruppierungen. So bezeichnete etwa der – inzwischen verstorbene – sächsische Vorzeigekandidat der NPD, Uwe Leichsenring, das „Dritte Reich“ als „eine Wohlfühl-diktatur mit 95% Zustimmung“.⁶ Trotz der nationalsozialistischen

Grundausrichtung ihrer Ideologie wehrt sich die NPD aber, wenn Demokraten sie als nationalsozialistisch charakterisieren. So zeigte etwa Holger Apfel den CDU-Fraktionsvorsitzenden im sächsischen Landtag, Fritz Hähnel, an, weil dieser die Politiker der NPD als Nationalsozialisten bezeichnet hatte.⁷ Der Eiertanz von führenden Vertretern der NPD ist nur dadurch zu erklären, dass erstens der Begriff nationalsozialistisch inzwischen derart negativ besetzt ist, dass selbst Anhänger dieser Ideologie keine Möglichkeit mehr sehen, ihn positiv zu besetzen und zweitens die NPD ihren Anspruch auf eine Integrationswirkung der NPD im rechtsextremistischen Lager aufgeben würde, wenn sie sich selbst klar als nationalsozialistische Organisation bezeichnete. Drittens dürfte ein noch deutlicheres programmatisches Bekenntnis zum Nationalsozialismus zu einem neuen Verbotsantrag gegen die NPD führen.

2. Die NPD will Millionen Menschen vertreiben und enteignen

Die NPD will die Zuwanderung von allen, die für sie nicht als Volksdeutsche gelten, beenden. Darüber hinaus plant die NPD die Vertreibung aller, die aus ihrer Sicht nicht in die Volksgemeinschaft gehören. Die geplante Vertreibung von Millionen Menschen beschönigt sie als Ausländerückführung. Die NPD will dabei keineswegs nur Ausländer vertreiben, sondern auch Millionen von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit. So beklagt die NPD in ihrem Aktionsprogramm, dass die offizielle Zahl der Ausländer in Deutschland nicht die „Ausländer mit BRD-Pass“⁸ umfasse. Wer aus Sicht der NPD nicht germanischstämmig ist, bleibt für sie körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper. Die Verleihung eines bedruckten Papiers, sprich der deutschen Staatsangehörigkeit, ändere nämlich nicht die biologischen Erbanlagen. So kann ein Farbiger für die NPD, unabhängig von seinem Geburtsort und seiner Staatsangehörigkeit, niemals Volksdeutscher sein.⁹

Der Kreis der Personen, die die NPD vertreiben möchte, lässt sich ungefähr über die Zahl der 2005 vom Statistischen Bundesamt erfassten Personen mit Immigrationshintergrund erschließen. Laut offiziellen Zahlen

von 2005 sind dies 15,3 Millionen. Zu der Gruppe gehört also fast jeder Fünfte, der in Deutschland lebt. Deutlich mehr als die Hälfte dieser Menschen sind deutsche Staatsbürger. Die übrigen haben eine andere Staatsangehörigkeit. Vier von zehn dieser Personen sind in Deutschland geboren.¹⁰

Zu den Menschen mit Immigrationshintergrund zählen auch die rund vier Millionen Spätaussiedler seit 1950. Die NPD drückt sich öffentlich etwas um die Bewertung der Spätaussiedler, weil ihr klar sein dürfte, dass für die meisten ihrer Anhänger die Spätaussiedler kaum anders wahrgenommen werden als etwa Zugewanderte aus der Türkei. Aus der völkischen Sicht der NPD müssen die Spätaussiedler aber als deutsch gelten. Der NPD ist also vollkommen egal, ob eine Person nach Deutschland zugewandert ist oder nicht. Das einzige Beurteilungskriterium ist für sie die völkische Zugehörigkeit. Die Spätaussiedler will die NPD nicht vertreiben, weil sie als Teil der deutschen Volksgemeinschaft gelten.

Eine andere Gruppe, die von der NPD als nicht-deutsch wahrgenommen wird, muss dagegen sehr wohl bei einer NPD-Herrschaft mit diesem Schicksal rechnen, auch wenn ihre Familie seit Hunderten Jahren in Deutschland lebt. Es handelt sich um alle Menschen mit jüdischer Religionszugehörigkeit. Der Antisemitismus spielt im Unterschied zur NSDAP in der Propaganda der NPD keine hervorgehobene Rolle. Die NPD lässt keinen Zweifel daran, dass sie auch alle Juden – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – vertreiben will. So stellen Funktionäre der NPD Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft stets als Angehörige eines anderen Volkes dar.¹¹ Damit umfasst die Zahl derer, die die NPD vertreiben möchte, mehr als elf Millionen. Dies entspricht rund 14% der Menschen, die derzeit in Deutschland leben. Zum Vergleich: Die Zahl der von der NSDAP nicht als Arier anerkannten Bewohner Deutschlands belief sich 1933 auf rund 600.000 oder 1% der Wohnbevölkerung.¹² 1933 konnte auch der kritischste Beobachter der NSDAP nicht voraussehen, dass die erkennbaren Planungen der NSDAP

(Fortsetzung Seite 4)

Keine Toleranz für die Feinde der Demokratie

Von Hans-Jürgen Grasmann

Es gibt keinen Zweifel: Die NPD schürt den Hass, verachtet die Demokratie und wird, wenn sie an die Macht käme, alle Andersdenkenden ausschalten, auch mit Gewalt. „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk die DDR abgewickelt hat“, sagte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt nach der Wahl in Sachsen.

Lautet das Gebot Verbot der NPD? Die Politik begründet einen zweiten Gang nach Karlsruhe mit den Zahlungen des Staates aus der Parteienfinanzierung durch die Wahlkampfkostenerstattung. Die Demokratie finanziere ihre Feinde, die nichts anderes im Sinn haben, als die Demokratie abzuschaffen. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, keine Toleranz gegenüber denjenigen, die nicht selbst für Toleranz einstehen. Die wertgebundene Ordnung des Grundgesetzes streitet für die wehrhafte Demokratie, die Partei- und Vereinsverbote nicht als Aufkündigung der Fundamentalwerte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ansieht, sondern als Instrumente für ihre Verteidigung.

Das erste Parteiverbot traf 1952 die Sozialistische Reichspartei (SRP), die als Nachfolgeorganisation der NSDAP gewertet wurde. Nach zehn Monaten Verfahrensdauer war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts überzeugend. Das zweite Parteiverbotsverfahren hat sich hingegen über fünf Jahre hingezogen. Verboten wurde die KPD 1956, weil sie zum „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes“ aufrief und ihr Gewaltakte zugeordnet werden konnten.

Im KPD-Urteil steht der zentrale Satz: „Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht anerkennt. Es muss vielmehr eine aktiv-kämpferische Haltung gegenüber dieser Ordnung hinzukommen.“

Dem NPD-Verbotsantrag 2001, gemeinsam gestellt von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, lag



Dr. Hans-Jürgen Grasmann gehört dem ZDWW-Vorstand an

die Überzeugung zugrunde, dass diese Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt sind. 2003 sahen die höchsten deutschen Richter nur den Weg der Einstellung des Verfahrens, weil angesichts der Vielzahl der in den NPD-Vorständen eingesetzten V-Personen nicht mehr hinreichend unterschieden werden könne, welche Äußerungen V-Personen und welche anderen NPD-Größen zugerechnet werden können.

Die Einstellung des Verfahrens war kein Freispruch für die NPD und schon gar kein Beweis dafür, dass sie verfassungstreu sei. Ihre Aussagen und ihr Auftreten sind eindeutig verfassungsfeindlich. Für ihre Verfassungswidrigkeit gibt es zahlreiche – auch neue – Anhaltspunkte. Ein zweiter Verbotsantrag ist freilich nur dann politisch verantwortbar, wenn sein Erfolg gesichert ist. Bis dahin muss die NPD wegen des Parteienprivilegs von der öffentlichen Gewalt behandelt werden, als wäre sie verfassungstreu. Daran nicht gebunden sind wir, die demokratisch engagierten Bürger: Wir müssen die Feinde der Demokratie bekämpfen und ihnen zeigen, dass wir sie weder dulden noch uns einschüchtern lassen. Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

(Fortsetzung von Seite 3)

zu einer Entrechtung und Vertreibung der deutschen Juden in einer Vernichtung der Juden in ganz Europa gipfeln würde. Auch mit Blick auf die NPD sollte nicht darüber spekuliert werden, ob ihre angekündigte Vertreibung von Millionen Menschen in einer systematischen Vernichtung gipfeln könnte. Ohne die Anwendung von Gewalt und die Einrichtung von Konzentrationslagern erscheint aber eine Vertreibung von mehr als elf Millionen Menschen, die mehrheitlich wohl nicht freiwillig gehen dürften, kaum möglich. Die Millionen deutscher Staatsbürger, die die NPD vertreiben will, würden zudem von anderen Ländern nicht aufgenommen werden. Was dann mit ihnen geschehen soll, lässt die Programmatik der NPD offen. Im Programm der NPD ist wie bei der NSDAP vor 1933 ein selbst geschaffener Zwang erkennbar, der bei einer Alleinherrschaft der NPD in einer Terrorspirale münden dürfte.

Bei der Skizzierung eines umfassenden Vertreibungsprojekts geht die NPD in ihrer Programmatik dabei sogar weiter als das NSDAP-Programm von 1920. So forderte die NSDAP, dass Menschen, die keine deutschen Staatsbürger seien, nur als Gast in Deutschland leben dürften. Die NPD will es dagegen grundsätzlich nicht gestatten, dass Nicht-Deutsche in Deutschland leben. Sie möchte das Aufenthaltsrecht von allen, die sie nicht als deutsch akzeptiert, auf drei Monate beschränken.¹³ Es erscheint als eine nahezu zwangsläufige Folge des Denkens der NPD, dass die Partei bei ihrer Herrschaft analog dem Ariernachweis während der nationalsozialistischen Diktatur unter Führung Hitlers einen Deutschennachweis oder einen germanischen Stammnachweis einführen müsste.

Menschen, bei denen ein Elternteil die Kriterien einer deutschen Volkszugehörigkeit der NPD erfüllt und der andere nicht, nennt die NPD in einem Argumentationspapier für ihre Funktionäre voller Verachtung Mischlinge und Bastarde. Den Umgang mit ihnen skizziert sie so: „Die Mischlinge, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen entstammen, werden das sich nationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil sie eine

multikulturelle Umgebung bevorzugen. Sie werden sich Ausländer suchen, in denen es keine einheitliche Volkssubstanz gibt, in denen Bastarde zum Alltagsbild gehören und die damit verbundene ethno-kulturelle Verwahrlosung und Bindungslosigkeit allgegenwärtig ist. ...’Die Schuld für ihre Wanderschaft zwischen den multikulturellen Welten und das grausige Schicksal der Heimatlosigkeit haben die Mischlinge dann bei ihren verantwortungslosen und selbstsüchtigen Eltern zu suchen und nicht bei den Deutschen, die eine solidarische Volksgemeinschaft sein wollen.“¹⁴ Mit Blick auf die Mischlinge plant die NPD also keine Deportation. Diesen Menschen soll vielmehr – wenn ein Elternteil nicht-europäischer Herkunft ist – das Leben in Deutschland durch die Deportation eines bedeutenden Teils der Menschen aus ihrem sozialen Umfeld, ihre Diffamierung als Mischlinge und Bastarde sowie Ausgrenzungsmaßnahmen unmöglich gemacht werden, so dass sie in die Emigration gezwungen werden.¹⁵ Die NPD ist ideologisch konsequent. Für sie ist aufgrund ihrer völkischen Ideologie bei diesen Menschen auch das Ursprungsland der Familienlinie des anderen Elternteils nicht die Heimat. Die NPD sieht also bei den als Bastarde diffamierten Menschen nicht von einer Deportation ab, weil sie bei diesem Grad der völkisch geprägten Menschenfeindlichkeit eine Grenze zieht, sondern weil sie bei diesen Menschen kein Heimatland angeben kann.

Bis die Vertreibung in Angriff genommen wird, will die NPD eine Integration von Menschen verhindern, die für sie nicht in eine deutsche Volksgemeinschaft gehören. Dies liegt in der völkischen Grundorientierung begründet. Zudem dürfte der NPD klar sein, dass durch eine Integration menschliche Bindungen zwischen den von ihnen als Volksdeutsche und den von ihnen als Ausländer definierten Menschen entstehen und dies eine Hinnahme der Vertreibung durch die übrige Bevölkerung erschweren könnte. Die NPD will daher die als ausländisch definierten Menschen systematisch aussondern, bevor sie vertrieben werden. So fordert sie etwa in Faltblättern, die sie im Wahlkampf verteilt, dass eine völkische Trennung von Ausländern und

Deutschen an den Schulen erfolgen soll, bis alle Ausländer aus Deutschland vertrieben werden.¹⁶

Auf der Grundlage der völkischen Ideologie der NPD sind im Falle ihrer Herrschaft bis zum Abschluss der Vertreibung von elf Millionen Menschen viele weitere Maßnahmen zu einer völkischen Trennung von als deutsch und als ausländisch definierten Menschen zu erwarten. Aus der Auseinandersetzung mit den von der NPD als Bastarde bezeichneten Menschen lässt sich etwa ablesen, dass in einer Diktatur der NPD Ehen zwischen Menschen, die als deutsch akzeptiert werden, und solchen, die nicht als deutsch akzeptiert werden, verboten wären. Wer sich den umfassenden Komplex der Sonderrechte für die Juden im NS-Staat ansieht¹⁷, kann sich ein Bild davon machen, wie Regelungen im Zuge einer Umsetzung der Ausländerrückführung durch die NPD aussehen würden. So regelte die NSDAP zwischen 1933 und 1938 nahezu jedes Detail der Ausgrenzung der als jüdisch definierten Menschen aus der deutschen Gesellschaft. So wurde, um nur ein Beispiel von Hunderten zu nennen, am 9. Mai 1935 eine neue Zulassungsverordnung für Zahnärzte und Dentisten erlassen, die festlegte, dass die „arische Abstammung Bedingung für die Zulassung“¹⁸ sei.

3. Die Opfer der NPD-Politik sollen diese finanzieren

Die NPD hat sich auch Gedanken darüber gemacht hat, wie sich die Vertreibung finanzieren lässt. Die Kosten will sie aufbringen, indem sie zum einen die zu Vertreibenden an den Kosten beteiligt. Dies will die NPD gesetzlich regeln.¹⁹ Zum anderen will sie von Unternehmen, die Menschen beschäftigen, die von der NPD nicht als deutsch anerkannt werden, eine sogenannte Rückführungsabgabe verlangen.²⁰

Die NPD scheint aber nicht nur die immensen Kosten der Vertreibung decken zu wollen. Sie will anscheinend sogar noch Profit aus ihr schlagen. So behauptet die NPD in ihrem Aktionsprogramm: „Grund und Boden sind Eigentum des deutschen Volkes“. Daraus wird erstens abgeleitet, dass als ausländisch definierte Personen künftig keinen deutschen Grund und Boden erwerben dürfen. Es heißt zweitens aber auch unmiss-

verständlich: „Eventuell bestehende Besitzverhältnisse (von Ausländern) sind aufzulösen oder rückzübertragen.“²¹ Im Namen des deutschen Volkes erhebt die NPD damit einen Eigentumsanspruch und bestreitet somit, dass der Erwerb von Grund und Boden durch von der NPD als ausländisch definierte Menschen Rechtskraft hat. Vage ist von Entschädigungen bei der sogenannten Rückübertragung die Rede. Es ist anzunehmen, dass diese Entschädigungen in der Regel wohl kaum dem Marktwert des Enteigneten entsprechen werden. Der entscheidende Punkt ist, dass die NPD Millionen Menschen per staatlichem Zwang Grund und Boden rauben möchte. Wer dies durchsetzen will, kommt wohl kaum ohne Gewalt aus. Parallelen zum Programm einer Arisierung jüdischen Eigentums durch die NSDAP fallen ins Auge. Dabei sei daran erinnert, dass der von den Nationalsozialisten gelenkte deutsche Staatsapparat im Zuge der Arisierung zwischen 1933 und November 1938 die Juden massiv zum Verkauf ihres Eigentums drängte, sie aber noch nicht zwangsweise enteignete. Die NPD plant gegenüber als ausländisch definierten Menschen Maßnahmen, die von der NSDAP erst nach der Radikalisierung der nationalsozialistischen Herrschaft nach dem Pogrom im November 1938 gegenüber den Juden umgesetzt wurden.²²

4. Die sozialen Verlockungen der NPD

Das Zuckerbrot der NPD für die von ihr auserkorenen Mitglieder der Volksgemeinschaft ist ein großzügig ausgebauter Wohlfahrtsstaat. So fordert die NPD etwa ein „Recht auf Arbeit“²³ für alle Deutschen und will sie „am Produktivvermögen ... beteiligen.“²⁴ Rechtsextremistisch ist an den sozialpolitischen Forderungen der NPD nicht der Inhalt, sondern nur die völkische Bestimmung des Kreises der Personen, die begünstigt werden sollen. Die sozialen Parolen der NPD sind dabei keineswegs nur die humane Verpackung eines anson-

sten menschenfeindlichen Programms. Diese Forderungen gehören zum Kern der Ideologie der Volksgemeinschaft. Der NPD lässt sich vieles vorhalten, aber nicht, dass sie ihre soziale Programmatik nur vertritt, um Wähler anzulocken. Bereits die NSDAP führte für die Volksgenossen eine Reihe sozialer Vergünstigungen ein.²⁵ Dazu zählten das Kindergeld und die steuerliche Bevorzugung von Ehegatten. Weiterhin wurden etwa Rentner, die zuvor nicht krankenversichert waren, erstmals in die Krankenversicherung aufgenommen.²⁶

Ein mit Blick auf ihre völkische Ideologie sehr bedeutsamer Komplex ist für die NPD die Familienpolitik. Die Maßnahmen zielen darauf, einen Zuwachs der Geburtenrate der Menschen zu erreichen, die als deutsch gelten.²⁷ In dieser Hinsicht wird etwa ein Müttergeld gefordert. Weiterhin will die NPD z.B. die

„Es gibt in der Welt eine unheilvolle Art von Menschen, das sind diejenigen, die glauben, man sei schwach und feige, wenn man höflich und nobel zu ihnen ist. In diese Situation der Schwäche und des Mangels an Mut wollen und werden wir nicht kommen. Wir sind tolerant zu allen Toleranten. Aber wir haben den Mut, rücksichtslos zuzufassen gegenüber allen denen, die die Toleranz dazu missbrauchen wollen, später einmal gegenüber dem Toleranten intolerant werden zu können.“

Kurt Schumacher 1947 (SPD-Vorsitzender 1946–1952)

Garantie eines Kindergartenplatzes für jedes von ihr als deutsch angesehenes Kind und einen Anspruch auf kompetente Ganztagsbetreuung in der Schule, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Die NPD preist dabei die bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus als Vorbild für ihren Maßnahmenkatalog an.²⁸

Die Vertreibungspolitik und die freigiebige Sozialpolitik für Volksdeutsche sind zwei Seiten der nationalsozialistischen Ideologie, die sich nicht voneinander trennen lassen. Der sächsische Landtagsabgeordnete der NPD Jürgen Gansel spitzte dies so zu: „Die Deutschen müssen sich zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat entscheiden – einen Mittelweg gibt es nicht!“²⁹ Die Vertreibung aller als ausländisch definierten Menschen soll den Volksdeutschen dabei vor allem da-

durch schmackhaft gemacht werden, dass ihnen ein Recht auf Arbeit versprochen wird. Die Ermöglichung dieses Rechts erscheint dabei als eine logische Folge davon, dass bei einer Herrschaft der NPD Millionen in Deutschland Arbeitender aus völkischen Gründen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen würden.

5. Abschottung des Raums als Wirtschaftskonzept

Die NPD möchte wie die NSDAP die Wirtschaft dem Staat unterordnen.³⁰ Sie „setzt der Globalisierung ihr Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft entgegen.“³¹ Ebenso wenig wie die NSDAP will die NPD die gesamte Wirtschaft – wie kommunistische Parteien – verstaatlichen. Die Antikapitalismus- und Antiglobalisierungsparolen von NPD und linksextremen Gruppierungen klingen ähnlich, das wirtschaftspolitische Konzept unterscheidet sich jedoch grundlegend.

Wie die NSDAP mit ihrer Wirtschaftspolitik zwischen 1933 und 1939 strebt die NPD eine Autarkie Deutschlands an.³² Die NPD will die deutsche Volkswirtschaft radikal aus der Verflechtung

mit der Wirtschaft anderer Länder lösen.

Die NPD plant eine ganze Palette von Schutzzöllen, die dafür Sorge tragen sollen, dass Produkte aus dem Ausland keine Chance haben, billiger zu sein als in Deutschland hergestellte Produkte. So will die Partei auf Produkte aus Ländern mit deutlich niedrigeren Löhnen als in Deutschland eine Anti-Lohndumping-Abgabe einführen. Produkte aus Ländern mit geringeren Umweltschutzstandards sollen mit einer Naturschutzabgabe belastet werden. Diese Maßnahmen sind Teile einer kompromisslosen Politik, um den wirtschaftlichen Aufschwung und die Beschäftigung in Deutschland zum Nachteil aller anderen Länder zu fördern. Die Wirtschaftspolitik der NPD würde Deutschland in eine völlige wirtschaftliche Isolation führen.

Mit der Rückführungsabgabe schlägt die NPD eine Brücke zwischen Vertreibungspolitik und Wirtschaftspolitik. Diese Abgabe sollen nämlich alle deutschen Unternehmen entrichten, die Arbeitskräfte beschäftigen, die von der NPD als Ausländer definiert werden. Die Einnahmen möchte die NPD nutzen, um das menschenfeindliche Projekt der Vertreibung zu finanzieren. Der im Programm der NPD angekündigte Raubzug soll sich nicht auf das Privateigentum von Personen beschränken, die nicht germanischstämmig³³ sind. Die NPD will vielmehr alle multinationalen Konzerne in Deutschland nationalisieren. Mit multinational meint die NPD alle Unternehmen oder Teile von Unternehmen in Deutschland, die nicht in der Hand von Deutschen im Sinne der NPD sind.

Grund und Boden möchte die NPD diesen Unternehmen ohnehin nehmen, da dieser für sie deutsches Volkseigentum ist.³⁴ Die NPD geht aber noch deutlich weiter: In der ersten Phase sollen diese Unternehmen von den Weisungen der Konzernzentrale im Ausland entkoppelt und den Befehlen des deutschen Staats unterstellt werden. Formal gehören während dieser Phase die Unternehmen noch ihren Eigentümern. In der zweiten Phase soll mit Blick auf die multinationalen Unternehmen eine sogenannte „Nationalisierung ausländischen Kapitals“³⁵ erfolgen. Mit anderen Worten: Die NPD will diese Konzerne zugunsten des deutschen Staats enteignen. Zudem sollen sich ausländische Firmen nur noch in engen Grenzen an deutschen Unternehmen beteiligen dürfen. In zahlreichen Bereichen wie

der Medienwirtschaft und der Rüstungswirtschaft will die NPD ausländische Beteiligungen verbieten.³⁶

6. Die NPD: gegen Menschenrechte und Pluralismus, für Staatsverbrechen und Diktatur

Die NPD beabsichtigt, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen. Ihre führenden Parteifunktionäre wollen eine revolutionäre Veränderung.³⁷ Wie stets in der völkischen Bewegung spielen auch in der NPD theoretische Überlegungen, wie die Herrschaftsordnung nach der Revolution gestaltet sein soll, eine geringe Rolle. Adolf Hitler begründete dies so: „(Die völkische Weltanschauung) sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und fasst als seinen Zweck die Erhaltung des rassistischen Daseins des Menschen auf.“³⁸ Die Form der Herrschaft dürfte auch bei einer Herrschaft der NPD der Funktion folgen. Die Funktion eines NPD-geführten Staats ist es aber, eine homogene deutsche Volksgemeinschaft zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, will die NPD Millionen von Menschen aus Deutschland vertreiben. Weiterhin möchte die Partei das deutsche Wirtschaftssystem radikal umgestalten. So soll die Wirtschaft der Politik unterstellt werden.

Die NPD beansprucht, ein lebensrichtiges Menschenbild zu haben und allein zu wissen, was gut für das deutsche Volk ist. Dieser Absolutheitsanspruch lässt keinen legitimen Raum für programmatisch anders ausgerichtete Parteien. Die Vertreibung und Enteignung von Millionen Menschen, also die Durchführung

von Staatsverbrechen, ist der NPD auch nur möglich, wenn sie die demokratischen Parteien ausschaltet. Der Parteivorsitzende, Udo Voigt, drohte für den Fall einer Herrschaft der NPD bereits Politikern Konsequenzen an, die ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, verletzt haben.³⁹ Gegen ihren Amtseid haben aber aus der völkischen Sicht der NPD nahezu alle demokratischen Politiker fundamental verstoßen. Die Partei macht sie nämlich dafür verantwortlich, einen Völkermord an den Deutschen in die Wege geleitet zu haben, indem sie die Zuwanderung von Ausländern gefördert hätten. Käme die NPD an die Macht, würde sie den Pluralismus nicht nur beschränken, sondern abschaffen. Platz hätten in einer Diktatur der NPD nur noch Vereinigungen nationaler Kräfte, deren Programmatik sich nur wenig von jener der NPD unterscheidet. Eine Herrschaft der NPD würde dabei eher in einer totalitären als einer autoritären Diktatur münden. Nur eine totalitäre Herrschaftsordnung bietet nämlich den Raum, das nationalrevolutionäre Projekt der NPD umzusetzen, das Gesellschaft und Wirtschaft komplett umgestalten würde.

7. Ein Verbot der NPD ist ein Gebot

Die NPD ist eine nationalsozialistische Partei. Das bedeutet nicht, dass es keine bedeutsamen Unterschiede zwischen der historischen NSDAP und der NPD gibt. So sind Sozialdarwinismus und Imperialismus bei der NPD im Unterschied zur NSDAP nicht ausgeprägt. Dass es unter den Vertretern nationalsozialistischer Parteien aber gewisse Unterschiede gibt, wie etwa auch unter den Vertretern der christdemokratischen oder sozialdemokratischen Parteienfamilie, ist klar und widerspricht der Zuordnung der NPD zur Kategorie nationalsozialistischer Parteien nicht. Ebenso wie die NSDAP ist bei der NPD bereits in der Bewegungsphase deutlich erkennbar, dass sie Staatsverbrechen plant. Rund elf Millionen Menschen will die Partei vertreiben. Mit Blick auf die Regierungspolitik der NSDAP hat Götz Aly treffend von einem „staatlich organisierten Großraub“⁴⁰ gesprochen, mit dem die sozialen Wohltaten finanziert wurden. Der Plan für einen neuerlichen staatlichen Raubzug unter der völk-

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Artikel 21, Absatz 2

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

schen Parole einer Nationalisierung ist im Programm der heutigen NPD in erstaunlich offener Weise dargelegt. Es erscheint zweitrangig, dass die Finanzierung der den Volksgenossen in Aussicht gestellten Wohlfahrtsleistungen durch die räuberischen Enteignungen kaum dauerhaft finanzierbar wäre. Vorrangig ist demgegenüber der verbrecherische Charakter der von der NPD geplanten Politik. Angesichts dessen ist ein Verbot der NPD ein Gebot.

Anmerkungen

- 1 <http://www.jn-magdeburg.de/> (Stand: 2. Mai 2007).
- 2 Junge Nationaldemokraten: Grundlagenprogramm, S. 4, <http://www.jn-sachsen.de/images/PDF/jn-grundlagenprogramm.pdf> (Stand: 3. Mai 2007).
- 3 Jugend für die NPD – Jugend für Deutschland, <http://www.npd-goettingen.de/Deutschland/Jugend.htm> (Stand: 21. April 2007).
- 4 Nationaldemokratische Partei Deutschlands: Parteiprogramm, 1996, S. 10, <http://partei.npd.de/medien/pdf/Parteiprogramm.pdf> (Stand: 18. April 2007).
- 5 NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, Berlin 2005, S. 14.
- 6 Leichsenring, Uwe zitiert nach Vogtlandanzeiger vom 17. Mai 2006.
- 7 Pressemitteilung der NPD-Fraktion vom 28. Januar 2005.
- 8 Nationaldemokratische Partei Deutschlands: Aktionsprogramm, 2002, S. 13, <http://www.npd.de/medien/pdf/aktionsprogramm.pdf> (Stand: 18. April 2007).
- 9 Diese Ansicht versuchte die NPD durch ihren WM-Planer zu verbreiten. Er trug die Aufschrift: „Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“, daneben war ein Spieler mit der Rückennummer 25 zu sehen. Diese Nummer trug der in Hamburg geborene Patrick Owomoyela im Nationalteam. Er klagte erfolgreich gegen die Verbreitung des WM-Planers der NPD.
- 10 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland. Haushalte, Familie, Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2005, S. 73–80.
- 11 So äußerte sich etwa Jürgen Gansel in der „Deutschen Stimme“: „Es wird also höchste Zeit, die Holocaust-Waffe stumpf zu machen, damit ein eben nicht ganz normales Völkchen mit ihr keine Sonderinteressen mehr durchsetzen und andere moralisch erpressen kann.“, Deutsche Stimme, Nr. 6/2006.
- 12 Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1., Frankfurt a.M. 1990, S. 85.
- 13 Ausnahmen sollen nur nach einer Genehmigung möglich sein.
- 14 NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, S. 8f.
- 15 An den Ausführungen ist erkennbar, dass die NPD in erster Linie in Rassekategorien und in zweiter Linie in engeren völkischen Kategorien denkt. So scheint die NPD Menschen mit einem Elternteil von nicht-deutscher, aber europäischer Herkunft dulden zu wollen.
- 16 Vgl. u. a. „Jugend braucht Visionen!“, http://www.npd.de/index.php?sek=06cpfad_id=7&cmsint_id=2&detail=13 (Stand: 3. Mai 2007). Die entsprechende Textstelle lautet: „Wir fordern die Einführung getrennter Schulklassen von Deutschen und Ausländern, solange die von uns geplante Ausländerrückführung noch nicht abgeschlossen ist, um die kulturelle Identität jeder Volksgruppe zu wahren.“
- 17 Eine nahezu komplette Übersicht bietet Walk, Jürgen (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg, 2. Aufl., 1996.
- 18 Ebd., S. 114.
- 19 Vgl. NPD: Aktionsprogramm, S. 13. In diesem Punkt ging die NSDAP über die Forderungen der NPD hinaus. Die entsprechende Regelung der NSDAP mit Blick auf die Juden lautete im Juli 1933: „Die Auswanderung von Personen jüdischer Abstammung ist erwünscht und darf infolgedessen nicht unterbunden werden. Andererseits ist es erforderlich, von leistungsfähigen Personen, durch deren Auswanderung die deutsche Steuerbasis geschmälert wird, eine letzte große Abgabe – die Reichsfluchtsteuer – zu erheben.“, Walk, J.: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, S. 42. Die als jüdisch definierten Menschen mussten also nicht nur ihre Vertreibung finanzieren, sondern auch noch eine Fluchtsteuer bezahlen.
- 20 Vgl. NPD: Aktionsprogramm, S. 21.
- 21 Ebd., S. 14.
- 22 Vgl. zum Vorgehen der nationalsozialistischen Diktatur unter Hitler Hilberg, R.: Die Vernichtung der europäischen Juden, S. 98.
- 23 NPD: Parteiprogramm, S. 9.
- 24 Ebd.
- 25 Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2005.
- 26 Vgl. zur Sozialpolitik der NSDAP Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977; Recker, Marie-Luise: Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985.
- 27 Vgl. dazu detailliert die Programmschrift von Maier, Waldemar (Hrsg.): Die demographische Katastrophe stoppen! Der bevölkerungspolitische Notstand des deutschen Volks und die familienpolitischen Initiativen der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, http://npd-fraktion-sachsen.de/pdf/veroeffentlichungen/broschuere_demographie_komprimiert.pdf (Stand: 10. Mai 2007).
- 28 Ebd., S. 5 und S. 34–38; einen Vergleich der familienpolitischen Vorstellungen von NPD und NSDAP ermöglicht Mühlfeld, Claus/Schönweiss, Friedrich: Nationalsozialistische Familienpolitik: familiensoziologische Analyse der nationalsozialistischen Familienpolitik, Stuttgart 1989; Voegeli, Wolfgang (Hrsg.): Nationalsozialistische Familienpolitik zwischen Ideologie und Durchsetzung, Hamburg 2001.
- 29 Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“, http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=2&detail=291 (Stand: 23. April 2007).
- 30 Einen sehr guten Überblick über die Wirtschaftspolitik während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland bei Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus: Ideologie, Theorie, Politik. 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988.
- 31 NPD: Aktionsprogramm, S. 15.
- 32 Vgl. zu dem Konzept: NPD: Autarkie, in: Politisches Lexikon, http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=31&seite_id=30&vid=711 (Stand: 18. April 2007).
- 33 So die Formulierung in den Argumenten für Kandidaten und Funktionsträger, NPD-Parteivorstand: Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, S. 12.
- 34 NPD: Aktionsprogramm, S. 14.
- 35 Ebd., S. 22.
- 36 Ebd.; ähnliche, allerdings nicht so weit gehende Forderungen wie jene der heutigen NPD wies das 25-Punkte Programm der NSDAP von 1920 auf, Hofer, Walther (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt a.M. 1957, S. 30.
- 37 „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“, der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems, in: Junge Freiheit vom 24. September 2004.
- 38 Hitler, Adolf zitiert in NPD: Aktionsprogramm, S. 421.
- 39 Voigt, U.: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Aly, G.: Hitlers Volksstaat.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion POLITISCHE STUDIEN, Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, München; dort zuerst erschienen in Themenheft 1/2007.

Kämpfer für die Republik von 1918/19 bis 1933: Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gibt es noch

Von Cornelius Zimmermann u. Florian Kaiser

Manch einer mag mit der Bezeichnung „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ nicht viel anfangen können. „Reichsbanner“? Wenn ein junger Mensch das Reichsbanner überhaupt zur Kenntnis genommen hat, dann meist nur in einem Nebensatz zur Gründung der Eisernen Front. Wer sich darüber informieren möchte, findet wenig wissenschaftliche Literatur. Wo das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Erscheinung tritt, da trifft es auf deswegen Unverständnis, Unwissenheit und Vorurteile. Viele junge Menschen ordnen dem befremdlich klingenden Namen instinktiv sogar einen rechtsradikalen Hintergrund zu, und betrachtet man alte Bilder der uniformierten, im Gleichschritt marschierenden Einheiten, dann drängt sich der Vergleich zur nationalsozialistischen SA auf. Was also war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold? Der eine oder andere erinnert sich vielleicht, dass sich hinter dieser Bezeichnung eine Organisation verbirgt, die in den dunkelsten Stunden der deutschen Republik, den Krisen Jahren von Weimar, die Waffen gegen die Republikfeinde von rechts und links, gegen SA und Rotfrontkämpferbund erhoben hat. „Längst Geschichte“, wird man dann vielleicht weitervermuten. Aber weit gefehlt, das Reichsbanner wurde 1953 als „Bund aktiver Demokraten e.V.“ wieder gegründet...

Doch zunächst eine Rückblende:

Das Reichsbanner in der Weimarer Republik

Als Reaktion auf republikfeindliche Gewalttaten und Aufstandsversuche aus dem rechten und linken politischen Spektrum gründete sich auf Initiative der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands (SPD) am 22. Februar 1924 in Magdeburg das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zum Schutz der parlamentarischen Demokratie. Neben der SPD wurde es von dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sowie von den Gewerkschaften getragen. Seine Hauptaufgabe erkannte das Reichsbanner in der Verteidigung der Weimarer Republik gegen deren rechts- und linksextremistischen Feinde. Als satzungsgemäß überparteilicher Bund republikanisch gesinnter Kriegsteilnehmer entwickelte sich das Reichsbanner zu einer der größten Massenorganisationen der Weimarer Republik. 1932 gehörten ihm mehr als drei Millionen Mitglieder an, darunter namhafte Politiker wie Hugo Preuß, Joseph Wirth, Otto Wels, Julius Leber und Kurt Schumacher.

Nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei der Septemberwahl von 1930 versuchte das Reichsbanner, dem verstärkt einsetzenden Straßenterror der Sturmabteilung (SA) durch die Bildung militärisch organisierter Formationen entgegenzutreten. Bis in den Februar 1933 hinein sollten diesem Kampf 47 Reichsbannerleute zum Opfer fallen. 1931/32 vereinigte sich das Reichsbanner mit den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) organisierten Freien Gewerkschaften und anderen Verbänden zur Eisernen Front. Ihr Emblem mit den charakteristischen drei Pfeilen stammt von dem Exilrussen Sergej Tschachotin (1883–1973) und symbolisiert die wichtigsten Gegner der Eisernen Front: die „Adelskamarilla“, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Doch trotz ihrer zahlreichen Mitglieder konnte die

Eiserne Front an der politischen Kräftekonstellation nur wenig ändern. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden die ehemaligen Funktionäre und Mitglieder des Reichsbanners systematisch verfolgt. Viele Mitglieder des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold schlossen sich Widerstandsgruppen an und trafen sich auch nach der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten. Namentlich zu erwähnen sind an dieser Stelle z.B. der früher auf Reichsebene tätige Theodor Haubach und Julius Leber. Haubach scharte eine größere Widerstandsgruppe ehemaliger Reichsbannerleute um sich, bevor er 1934 in das Konzentrationslager Esterwegen-Börgermoor verschleppt wurde. Nach seiner Freilassung schloss er sich dem Kreis der Helden des 20. Juli an und wäre im Erfolgsfall des Umsturzes Minister für Presse und Propaganda geworden. Julius Leber wurde 1933 verhaftet und kam 1937 aus dem KZ Sachsenhausen frei. Auch er fand Kontakt zum Kreisauer Kreis und wäre nach dem 20. Juli 1944 Reichskanzler bzw. Innenminister geworden. Andere ehemalige Mitglieder des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wie Kurt Schumacher und Theodor Heuss legten nach dem zweiten Weltkrieg unbestreitbar das Fundament unserer parlamentarischen Demokratie.

Auferstehung ohne Waffen

Aber tatsächlich ging das Reichsbanner mit dem Verbot nicht für immer in der Geschichte unter. Seit 1953 kämpft das Reichsbanner als „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ Bund aktiver Demokraten e.V. waffenlos für Freiheit, Demokratie und Republik. Heute sind die Zeiten des Marschierens im Gleichschritt vorbei. Das Reichsbanner vermittelt stattdessen jungen Menschen staatsbürgerliche Bildung zum Beispiel in fünftägigen Seminaren „Mit Zeitzeugen in Berlin auf den Spuren deutscher Geschichte“, an denen jährlich ungefähr 500 Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Bundesrepublik teilnehmen. Im Gespräch mit Politikern und durch den Besuch von Bundestag und Bundesrat sowie Ministerien soll den Schülern Politik transparent erklärt werden, und im Besuch der historischen Orte und im Gespräch mit Zeitzeugen finden diese einen Zugang zum Verständnis der Deutschen Geschichte



Vertreter des heutigen „Reichsbanners“ aus Hessen, Hamburg und Berlin beim Besuch der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Juli 2007 im Berliner Bendlerblock

und des Wertes staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten – viel intensiver als ihn Lehrer und Bücher je vermitteln könnten. Die Ausstellung des Reichsbanners „Für eine starke Republik! – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933“ wird an Truppenstandorten der Bundeswehr, in Schulen, Rathäusern und Landtagen gezeigt. Ebenso sind Podiumsdiskussionen mit Zeitzeugen und regionalen Politikern wichtiger Be-

standteil der heutigen Bildungsarbeit des Reichsbanners.

Das Ziel des Bundes ist es, durch überparteiliche Bildungsarbeit anhand der von Diktatur geprägten Deutschen Geschichte junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Das Reichsbanner setzt sich für die Sicherung der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung ein und fordert von seinen Mitgliedern

ein aktives, kritisches und demokratisches Bewusstsein sowie die Bereitschaft, die Grund- und Menschenrechte für jedermann zu schützen. Die Zeitung des Reichsbanners erscheint vierteljährlich und enthält, neben Berichten zur Bildungsarbeit und Beiträgen zur Geschichte des Bundes, häufig auch Interviews mit hochrangigen Politikern.

Das Reichsbanner heute möchte den Kampf gegen Extremisten da aufnehmen, wo Partei-

politik aufhört und der Konsens der demokratischen Parteien beginnt: Auf dem Boden eines gemeinsamen republikanischen Verständnisses und Stolzes, abseits des Parteiengänzns, und nur der Freiheit, der Republik und der Demokratie verpflichtet.

*Reichsbanner Schwarz Rot Gold e.V.
z.Hd. Florian W. Kaiser
Postfach 10 18 44,
60018 Frankfurt am Main*

Heinz Eisfeld

Geb. am 24. Okt. 1931 in Altenburg – ermordet vor 55 Jahren am 23. Okt. 1952 in Moskau, einen Tag vor seinem 21. Geburtstag.

Von Gerald Wiemers

Heinz Eisfeld ist dem Umfeld der Altenburger und Meuselwitzer Schüler zuzurechnen. Einer seiner Lehrer war Wolfgang Ostermann, der am 12. Dezember 1950 in Moskau hingerichtet worden ist. Sie alle sind rehabilitiert, aber die Mörder von einst sind namentlich meist unbekannt, eingetaucht in ein System, das mit Stalins Namen nur unzureichend umschrieben ist. Auch nach Stalins Tod ging das Morden weiter, denken wir nur an Walter Linse (1903–1953), der am 15. Dezember 1953 in Moskau hingerichtet wurde.

Nach dem Abitur zog Hans Eisfeld nach Leipzig, gehörte der Volkspolizei an, um Medizin studieren zu können. Wie Herbert Belter glaubte er nach 1945 an einen wirklichen demokratischen Neuanfang. Sein Schicksal und sein kurzes Leben sind bis heute noch nicht ausreichend erhellt. Umso verdienstvoller ist es, dass sein ehemaliger Klassenkamerad, Hans Günter Aurich, selbst durch ein sowjetisches Militärgericht im April 1952 in Potsdam zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, davon zwischen 1952 und Oktober



*Heinz Eisfeld 1950
(Auszug aus dem Gruppenfoto zum Abitur,
Universitätsarchiv Leipzig)*

1955 nach Workuta verschleppt, im letzten Jahr in einem Roman¹ Heinz Eisfeld ein bleibendes Denkmal gesetzt hat. Wir lernen seine Eltern kennen, das Meuselwitzer Umfeld, die Schule, einzelne Lehrer, seine große Liebe, seine Hoffnungen, das Medizinstudium in Leipzig, die Verhaftung, den Verhaftungsgrund, die russischen Verhöre, seine Verschleppung von Meuselwitz nach Altenburg, von dort in die russische Kommandantur nach Leipzig und schließlich nach Potsdam. Dann führte der Weg per Bahn in die

¹ UND DER MORGEN LEUCHTET IN DER FERNE

Ein Leben in zwei Diktaturen
250 Seiten, Paperback
ISBN: 3-87336-336-4

Butyrka nach Moskau. Im sogenannten Prozess gegen die sieben Meuselwitzer Schüler sind allein vier zum Tode verurteilt worden, darunter auch Heinz Eisfeld. Sie alle glaubten nicht an die Vollstreckung, und doch wurde sie für drei zur Gewissheit: am 23. Okt. 1952. Seine alten Eltern, Richard und Mathilde, Jg. 1883 und 1889 – erhielten nach sieben Jahren im Juli 1959 eine offizielle Erklärung vom Roten Kreuz, dass ihr Sohn am 23. Oktober 1955 in der Sowjetunion verstorben sei. In ähnlicher Weise ging man mit den Hinrichtungsdaten von Helmut Paichert und Heinz Baumbach um.

Die Wirklichkeit wird zur Unkenntlichkeit pervertiert. Daran ändern auch die späten Rehabilitationen –

nach über 40 Jahren – nichts mehr. Der Anspruch des Sowjetsystems bleibt auf der Strecke und bricht 1989/90 folgerichtig in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Zu spät für die drei Meuselwitzer Schüler und ihren mutigen Lehrer.

Der Autor

Der Historiker und Archivwissenschaftler Professor Dr. Gerald Wiemers ist in der Fachwelt, aber auch den Lesern von FREIHEIT UND RECHT wohl bekannt. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur, studentischer Widerstand sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.

Inflation der falschen Gleichsetzungen

Ob es sich um grobe Missstände in Staaten handelt oder in Tierheimen: Um ohne viel Aufwand bei der eigenen Gehirnarbeit den vermeintlich größtmöglichen Effekt des Anprangerns zu erzielen, wird einfach mit der NS-Diktatur verglichen. Es ist wie bei einer Inflation: Je mehr davon, um so mehr nimmt die Wirkung ab. Gefährlich aber ist: Jeder unangemessene Nazi-Vergleich zieht auf der anderen Seite ein Stück Verharmlosung des Nationalsozialismus nach sich. Noch unanständiger und peinlicher wird es, wenn sich von einem alltäglichen Übel Betroffene in anmaßender Selbstüberhöhung mit den Opfern der Diktatur gleichsetzen. So geschah es in der Provinz, in Landkreisen südlich von München. Dort machten Mobilfunkgegner, bzw. die „vornehme“ Variante: „Elektrosensible“, durch einen unglaublichen, die Opfer der Nazidiktatur missbrauchenden Vergleich auf sich aufmerksam. Die Historikerin und Publizistin Sybille Krafft hat darauf hin einer Tageszeitung den folgenden Leserbrief geschickt. Wir dokumentieren:

Dr. Sybille Krafft

Leserbrief zu „Vergleich mit der Nazi-Zeit“

„Die Elektrosensiblen lassen sie verkommen wie die Minderheiten – die Juden und Zigeuner – im Dritten Reich“, ließ ein Mobilfunkgegner in unserer Region jüngst verlauten.

Ich wusste noch gar nicht,

- dass es einen staatlich verordneten Boykott von Geschäften elektrosensibler Inhaber gibt,
- dass alle Beamten mit mindestens einem elektrosensiblen Großelternanteil entlassen werden,

- dass die Kinder von Elektrosensiblen von den Schulen ausgeschlossen werden,
- dass Eheschließungen zwischen Elektrosensiblen und Nichtelektrosensiblen verboten sind,
- dass Elektrosensible enteignet und ihre Angehörigen in Sippenhaft genommen werden,
- dass in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Parkbänken steht: „Elektrosensible unerwünscht“,
- dass Elektrosensible Zwangsarbeit leisten müssen,

- dass alle Elektrosensiblen im Ausweis mit „E“ gekennzeichnet werden,
- dass alle Elektrosensiblen ein öffentlich sichtbares Abzeichen tragen müssen,
- dass Elektrosensible in Konzentrationslager verschleppt und dort erfrieren oder verhungern müssen, erschlagen, erschossen oder vergast werden.

Wer sonst so sensibel auf seine Umwelt reagiert, sollte auch gegenüber Vergleichen mit der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik sensibel sein.

Annemarie Renger wurde 88

Ausschließlich zu Hause im Familienkreis mit Enkeln und Urenkeln wollte die Vorsitzende des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV), Dr. h.c. Annemarie Renger, diesmal ihren Geburtstag feiern. Leicht durchzusetzen ist ein solcher Wunsch nicht, nicht für einen hoch politischen Menschen, der einmal die zweithöchste Position im Staat inne hatte, auch wenn Annemarie Rengers Amt als Bundestagspräsidentin nun schon gut dreißig Jahre zurück liegt. Der BDWV NRW und der ZDWV hatten sich etwas ausgedacht, das den Wünschen der Grande Dame der deutschen Politik nahe kam: Kein Vorstandsmitglied kam persönlich, die Glückwünsche im Namen beider Vorstände überbrachte das jüngste Mitglied, der 16-jährige John Tabatt (s. Foto). Mit 88 roten Rosen erschien Andreas Kimmel, Vorstandsmitglied der Kurt-Schumacher-Gesellschaft, deren Präsidentin Annemarie Renger ist.



John Tabatt überbringt die Glückwünsche von ZDWV und BDWV NRW
Foto: Peter Bierganns



Mit 88 Rosen gratulierte Andreas Kimmel für die Kurt-Schumacher-Gesellschaft
Foto: Peter Bierganns

Lieber ein Denkmal für Krenz?

SED-Geschichtsklitterung wird fortgesetzt.

Mehr als eine Woche nach Redaktionsschluss erreichten uns die Pressemeldungen vom 9. November 2007: „Unter großer Unruhe im Plenum“, so hieß es, verteidigte eine Abgeordnete der „Linken“ die ablehnende Haltung ihrer Partei zur Errichtung eines Freiheits- und Einheits-Denkmal. Es soll an die unblutige Revolution von 1989 und die deutsche Wiedervereinigung erinnern. So beschloss es der Bundestag mit sehr breiter Mehrheit.

Lieber ein „Denkzeichen“ setzen, das auch daran erinnere, dass die Polizei bei den Montagsdemonstrationen in den Kasernen geblieben sei, wollten die „Linken“. Nun, das beruhte wohl eher auf ihrer damaligen Ratlosigkeit angesichts der drohenden Niederlage, nachdem Gorbatschow unmissverständlich klar gemacht hatte, dass es eine Unterstützung durch sowjetische Truppen wie am 17. Juni 1953 nicht geben werde. Kurz zuvor hatte Egon Krenz noch demonstrativ die chinesische Führung für die Niederschlagung der „konterrevolutionären Unruhen“ auf dem Pekinger „Platz des himmlischen Friedens“ gelobt.

„Wir machen das nicht mit, weil wir uns dem Erbe der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung besonders verpflichtet fühlen“, so die Aussage der SED-Fortsetzungspartei, vorgelesen ausgerechnet von einer westdeutschen Salonlinken. Dieser Auftritt, der von erheblichem Gelächter begleitet wurde, erinnerte wahrhaftig an die Szene 1989 in der DDR-Volkskammer, als der berühmte Satz von Erich Mielke fiel: „Ich liebe (euch) doch alle!“

„Der Tag von Leipzig“ (FREIHEIT UND RECHT, September 2007/3), der 9. Oktober 1989, also gewichtige Gründe sprachen dafür, ein Denkmal in Leipzig oder ein Doppeldenkmal in Leipzig und Berlin zu errichten, die SED-Nachfolger haben diesen für sie besonders unangenehmen Vorschlag umzubiegen versucht – ganz nach dem leninistischen Lehrbuch: Dranhängen, diskreditieren, umfunktionieren. Warum? Die Postkommunisten wollen keine Erinnerung an den tatsächlichen und erfolgreichen Gegner der SED: Das Volk selbst. Damit würden ihre Mythen, die an die Wand gemalten Westgespenster, auf denen das gesamte Erziehungs- und Mediensystem der DDR beruhte, zerstäuben. Es wird wieder spannend und gar nicht bekömmlich für die PDS, wenn die Demokraten sich aufrufen und auf breiter Front mobil machen.

Im Übrigen: „Erben heißt sterben“ – will uns die „Linke“ etwa weismachen, die Schar der ostdeutschen Bürgerrechtler sei tot? Auch wenn die SED-Nachfolge-„Linken“ das gerne hätten, sie irren sich: In der Bundestagssitzung stand ihnen ein hervorragender Vertreter der Bürgerrechtsbewegung in Gestalt des zuständigen Bundesministers gegenüber – so lebendig und fast immer strahlend, als sei der Leipziger Tiefensee 1989 zum zweiten Mal geboren worden. An dieser Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland von heute und erst recht von morgen wird die Verlogenheit der Partei mit den häufig wechselnden Tarnnamen jämmerlich zerbrechen.

Die Redaktion

Aus den Verbänden

Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

Idee der Freiheit besiegte Hitler und Stalin

Mitgliederversammlung des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) wählte den früheren Landtagsvizepräsidenten Bertold Kamm erneut zum Vorsitzenden.

Das von Annemarie Renger frühzeitig in Gang gesetzte Bemühen um eine kombinierte Aufarbeitung der doppelten Diktaturvergangenheit Deutschlands ist nun auch bei den selbstständigen Mitgliedsverbänden des ZDWV angekommen. Bei der Mitgliederversammlung des BUND WIDERSTAND UND VERFOLGUNG (BWV-Bayern) wurde dies an zwei Merkmalen deutlich:

1. Der Braunschweiger Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann, seit Juli 2007 auch Mitglied des ZDWV-Vorstandes, referierte zum Thema „Hitler, Stalin und die Deutschen“. Eine lebhafteste, insgesamt zustimmende Diskussion schloss sich an.



Neu im Vorstand des BWV-Bayern:
Achim Beyer

2. Neben den Nazi-Verfolgten Bertold Kamm, Max Mannheimer und Ernst Raim wurde nun auch der von der SED verfolgte Erlanger Wirtschaftswissenschaftler Achim Beyer in den Vorstand

gewählt. Beyer ging in Werdau/Sachsen zur Schule, gehörte zur Widerstandsgruppe „Werdauer Oberschüler“ und verschwand 1951 für 5½ Jahre hinter Ulbrichts und Mielkes Zuchthausmauern. Wenige Wochen nach seiner Entlassung „auf Bewährung“ floh er in den Westen. Sein Kommentar mehr als drei Jahrzehnte später: „Erst jetzt (1990) habe ich meine Zuchthausjahre halbwegs verdaut: Die Idee der Freiheit und das menschliche Bedürfnis danach waren und bleiben stärker als Hitler und Stalin es auch zusammen je gewesen sind.“

Nach ausgiebiger Inhaltsdiskussion fand unter der Versammlungsleitung des ehemaligen Landtagsvizepräsidenten (bis 2003) Dr. Helmut Ritzer, Erlangen, die Vorstandswahl statt. Neun von elf Vorstandsmitgliedern wurden wiedergewählt, der Schriftführerposten wurde neu besetzt und Fregattenkapitän Fritz Walter Odinius musste zum Bedauern aller Beteiligten ersetzt werden, weil er nach Wilhelmshaven umzieht. Neu in den Vorstand kam neben Achim Beyer auch der Historiker Stephan Petersen (27). Besonderen Beifall und großes Lob erhielt die Schatzmeisterin Manuela Lindl. Vorsitzender Bertold Kamm: „Frau Lindl hat unserer Kassenführung ein professionelles Gesicht gegeben. Und: Nach zwangsläufiger Verschuldung im Gründungsjahr 2004/2005 ist unser Bund jetzt schuldenfrei und die für 2008 geplanten Projekte – darunter eine große Ausstel-

lung im Bayerischen Landtag – sind finanziell gesichert.“



Neu im Vorstand des BWV-Bayern:
Stephan Petersen

Insgesamt setzt sich das Vorstandsgremium des BWV-Bayern jetzt wie folgt zusammen:

Vorsitzender: **Bertold Kamm**, Landtagsvizepräsident a.D., Nürnberg

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. h.c. **Max Mannheimer**, Haar bei München (*wie bisher*)

Jürgen Maruhn, Gauting (*w.b.*)

Dr. **Ernst Raim**, Landsberg/Lech (*w.b.*)

Schatzmeisterin: **Manuela Lindl**, München (*w.b.*)

Schriftführerin: **Eva Winkelmeier**, München (*bisher Beisitzerin*)

Weitere Vorstandsmitglieder :

Achim Beyer, Erlangen (*neu*)

Altbürgermeister

Dr. **Ekkehard Knobloch**, Gauting (*w.b.*)

Linda Malik, München (*w.b.*)

Stephan Petersen, Gauting/ München (*neu*)

Dr. **Helmut Ritzer**, Landtagsvizepräsident a.D., Erlangen (*w.b.*)



„Das hat's bei uns nicht gegeben. Antisemitismus in der DDR“

Eine Wanderausstellung der Amadeu Antonio Stiftung

Im September wurde die Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben. Antisemitismus in der DDR“ zum dritten Mal in Berlin gezeigt: nach Köpenick und Lichtenberg war sie vom 31.08.–17.09. in der Zionskirche zu Gast. Zur Eröffnung sprach der Bezirksbürgermeister von Mitte, Dr. Christoph Hanke, der zugab, das erste Mal den Weg in die Zionskirche gefunden zu haben – was zeigt, dass die Initiative des Fördervereins, die Ausstellung zum „Tag des Offenen Denkmals“ zu buchen, ein voller Erfolg war: denn gerade dieser geschichtsträchtige Ort, der ein Ort des Widerstands gegen das DDR-Regime war, war in besonderer Weise geeignet, die Bedeutung der aus nur wenigen Stelltafeln bestehenden und damit eher unspektakulär daher kommenden Ausstellung ins Bewusstsein der Betrachter zu rufen. Denn: diese Ausstellung ist tatsächlich ein besonders wichtiger Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung und un bequem für jene, die den tradierten ideologischen Ideen anhängen, die in ihr widerlegt werden. So wunderte es nicht, dass junge FDJ-Mitglieder Flugblätter verteilten, in denen die „BRD“ aufgefordert wird, den Weg der DDR „zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens“ zu beschreiten und in dem wirre Thesen aufgestellt werden wie folgt: „So kam es (durch den verordneten Antifaschismus), begleitet von Siegen und Niederlagen, zu einem Zustand, der noch viel zu wünschen übrig ließ, fehlerhaft war und in dem Wunder weiterhin nicht zu realisieren waren, der jedoch Auschwitz und Ähnliches unmöglich machte! Ein Zustand, der vom 8. Mai 1945 bis zum 3. Oktober 1990 dauerte und als die längste Friedensperi-

ode Europas in die Geschichte eingeht und die bestmögliche Plattform für die Bekämpfung des deutschen Antisemitismus darstellte“ (zitiert aus dem Flugblatt „Wie antisemitisch war die DDR?“ der Freien Deutschen Jugend Berlin, undatiert, verteilt am 30.08.2007 vor der Zionskirche). Abgesehen davon, dass „Siege und Niederlagen“ nicht auf Frieden schließen lassen, verwundert doch, dass der 3. Oktober 1990 als Ende der „Friedensperiode Europas“ erklärt wird oder nun „Auschwitz und Ähnliches“ impliziert wieder möglich geworden sein soll. Die These, dass Antisemitismus in der DDR „bekämpft“ wurde, widerlegt die Ausstellung im Detail an Beispielen – er wurde eben instrumentalisiert und nur dann diskutiert, wenn es opportun war. Gerade im Alltag existierte Antisemitismus sehr wohl: Die jüdischen Gemeinden wurden in eine Außenseiterrolle gedrängt, Friedhöfe eingeebnet, Grabsteine zerstört und die dokumentierten antisemitischen Graffiti oder selbstgefertigte Nazisymbole aus Rostock zeigen, dass der Antisemitismus auch im Bewusstsein der Bevölkerung durchaus verankert war.

Der Ansatz, der zur Entwicklung der Ausstellung geführt hat, ist eine Methode, die nachhaltigen Erfolg verspricht: 76 Jugendliche haben in acht ostdeutschen Städten zu dem Thema geforscht, und die Ergebnisse wurden, begleitet durch einen wissenschaftlichen Beirat, professionell in eine Ausstellung verwandelt. Dabei ist das Projekt offen: es wird weiter geforscht; es besteht die Absicht, die Ausstellung entsprechend zu erweitern. Die Ausstellung hat damit eine öffentliche Debatte

über Antisemitismus in der DDR angestoßen – und das mit Erfolg, wie die Reaktionen der ewig Gestrigen zeigen, zu denen leider auch viele Jugendliche gehören. Dabei traf Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, in ihrer Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung den Nagel auf den Kopf, indem sie sagte: „Das Gegenteil von Faschismus ist nicht Antifaschismus, sondern eine vielfältige demokratische Kultur“. Eine sicher nicht überall gerne gehörte Wahrheit. Die Ausstellung selber vermittelt mit ihrer klaren Struktur und den sauber formulierten Texten einen anschaulichen historischen Abriss zum Umgang der DDR mit den Juden. Die Themen im Überblick:

- Einleitung: Was ist Antisemitismus
- Antizionismus in Politik und Medien
- Jüdische Friedhöfe in der DDR – Orte der ewigen Ruhe?
- Gedenken und Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus
- Rechtsextremismus und Antisemitismus in den 1980er Jahren
- Instrumentalisierung der jüdischen Gemeinden in den 80er Jahren.

Die Ausstellung kann gegen eine Nutzungsgebühr von 100 Euro (zzgl. Transport und Versicherung) von der Amadeu Antonio Stiftung ausgeliehen werden. Sie besteht derzeit aus 30 Stelltafeln, einem Lesetisch und zwei Filmstationen. Die Stiftung kann auch Referentinnen und Referenten für ein Begleitprogramm zur Ausstellung vermitteln. Das Interesse ist erfreulich groß, wie der Buchungsstand zeigt. Einige der vorgesehenen Orte lassen vermuten, dass

die Auseinandersetzung interessant und damit auch einen wichtigen Beitrag für unsere freiheitliche Demokratie leisten wird:

25.11. – 09.12.2007:

Bernau, Antifaschistische Aktion
Bernau c/o Dosto
Breitscheidstr. 45, 16321 Bernau
Öffnungszeiten:
Mo–Fr: 14.00–20.00 Uhr

09.12. – 31.12.2007:

Berlin/Neukölln, Rathaus Neukölln
Karl-Marx-Str. 83, 12043 Berlin

01.01. – 12.02.2008:

Rostock, Geschichtswerkstatt

Kröpelicker Tor, 18055 Rostock

13.02. – 31.02.2008:

Ilmenau, VHS Ilmenau
Bahnhofstraße 6, 98693 Ilmenau

01.03. – 31.03.2008:

Dresden, Bildungswerk Weiterdenken/Heinrich-Böll-Stiftung
Schützengasse 18, 01067 Dresden

April 2008: Torgau, Initiativgruppe
Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.

Fischerdörfchen 15, 04860 Torgau

Mai 2008: Bernburg, Stiftung
Gedenkstätte für Opfer der NS-
„Euthanasie“

02.06. – 21.06.2008:

Berlin/ Schöneberg, Rathaus
John-F.-Kennedy-Platz,
10825 Berlin

21.06. – 20.07.2008: Hamburg

Die aktuellen Termine der Ausstellung finden Sie bei der Amadeu Antonio Stiftung im Internet unter

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/das-hats-bei-uns-nicht-gegeben-ausstellung-zu-antisemitismus-in-der-ddr/>

Nikoline Hansen

Neuerscheinungen

„Die Frau vom Checkpoint Charlie“

Symbol wider die SED-Gewaltherrschaft

Von Oktober 1984 an war Jutta Gallus ein Symbol:

„Die Frau vom Checkpoint Charlie“. Drei Monate stand sie von morgens bis in die Abendstunden am Diplomatentübergang in Berlin. Auf ihren Plakaten prangerte sie das Unrecht in der DDR an und forderte Freiheit für ihre Töchter Beate und Claudia, die in der DDR festgehalten wurden. Ihr Bild ging damals um die Welt.

Inzwischen ist ihr Schicksal fast jedem in Deutschland bekannt: Erfolgreiche Ausreisearträge seit 1975, 1982 gescheiterter Fluchtversuch gemeinsam mit ihren Töchtern von Rumänien nach Jugoslawien, MfS-Untersuchungshaft, Heimunterbringung der 11jährigen Claudia und der 9jährigen Beate, 1983 Verurteilung wegen Republikflucht zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren, Freikauf nach zwei Jahren Haft in Hoheneck durch die Bundesregierung, Entziehung des Sorgerechts für ihre Kinder zugunsten ihres in der DDR lebenden geschiedenen Ehemannes, Gespräch mit Papst Johannes Paul II. in Rom, Ankettung in Helsinki an ein Geländer während der KSZE-Konferenz 1985, Protestaktion 1986 auf der Gedenkveranstaltung im Reichstag zum 25. Jahrestag des Mauerbaus, Ausreise der inzwischen 17 und 15 Jahre alten Mädchen im August 1988 nach deren Einschaltung von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel.

Sechs Jahre waren Jutta Gallus und ihre Töchter getrennt, weil für die SED-Führung der „Fall“ zu einer Machtprobe geworden war. Die beiden Mädchen, die als Kinderstars der DDR-Fernsehserie „Geschichten über Gartenzaun“ bekannt waren, in den Westen zur Mutter zu lassen, die mit ihren hartnäckigen Protesten am Grenzübergang Checkpoint Charlie für weltweite Schlagzeilen sorgte und damit auf die Menschenrechtsverletzungen

der DDR hinwies, wäre einer öffentlichen Niederlage gleich gekommen. Ein Exemplar musste statuiert werden.

Die Trennung von ihren Kindern hat Jutta Gallus in einer Fernsehdokumentation geschildert:

„Ich sehe die Kinder noch einmal durch das Bullauge des Fliegers, sie drehen sich um und winken mir noch mal zu. Und rufen ganz fest, wir halten zu Dir. Das war das Schlimmste für mich. Weil, ich wusste ja nicht, was wird. Wo komme ich hin? Ich hatte ja überhaupt keine Ahnung. Ich war dort blind rein gelaufen, mit der Hoffnung, dass alles gut geht. Und dann das. Das war das Schlimmste, als sie gingen.“

Zur MfS-Untersuchungshaft hat sie ausgeführt:

„Das Schlimmste für mich war: Ich wusste nicht, wo meine Kinder sind. Kein Lebenszeichen. Fast zwei Monate wusste ich nichts. Die haben mich erst nach zwei Monaten geholt. Zum Verhör. Also die haben mich richtig schmoren lassen, damit ich vielleicht weich werde. Man sitzt wie in einem Glashaus und denkt, das kann doch nicht sein. Und dann kommt man in einen Raum, ja, da ist ein Bett drin und irgendwo in einem Eck ist da 'ne Kloschüssel. Und dann geht die Tür zu und das war's dann. Ich hatte mir das überhaupt nicht so vorgestellt. Ich hab vielleicht mal im Film gesehen, wie so der Knast ist. Aber so in Untersuchungshaft, bei der Staatssicherheit, woher sollte ich das wissen? Man muss sich dann sagen: Da muss ich jetzt hier durch und das möglichst schnell.“

Zu ihrer Demonstration am Checkpoint Charlie:

„Diese Vopos, die sind ran gekommen und haben fotografiert, und da habe ich mir gedacht, denen zeige ich es jetzt. Jetzt erst recht. Denen muss ich es zeigen. Und ich bin dann schon immer an die Demarkationslinie mit

meinem Plakat und habe dann schon rübergeschaut in den Osten. Ich habe gesagt, DIE will ich haben. Man fühlt sich auf der Seite unheimlich stark. Man wird dann auch stärker... Ich wollte einfach zeigen, dass ein normaler Mensch auch ohne Waffen – durch die Kraft der Kinder und auch durch die eigene Kraft... im Stande ist, etwas zu bewegen, einfach was zu bewegen.“

19 Jahre nach dem glücklichen Ausgang des langen und erbitterten Kampfes von Jutta Gallus gegen die Unbarmherzigkeit der DDR-Führung hat der Fernsehfilm „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ viele Zuschauer vor Rührung zum Taschentuch greifen lassen. Gezeigt wurde freilich nicht die wirkliche Geschichte der Jutta Gallus, die nach ihrer Heirat jetzt Fleck heißt, sondern eine fiktive Handlung nach dem Roman von Ines Veith. Die Abweichungen und Überzeichnungen gegenüber dem realen Fall haben dem ARD-Zweiteiler kritische Kommentare beschert. Wer beklagt, dass der Film dramatisch ausschmückt (Lebensgefährte als

MfS-Mitarbeiter, Mordschlag durch Stasi-Bedienstete), verkennt, dass dies in der SED-Diktatur reale Sachverhalte waren.

Nach dem Kinohit „Das Leben der Anderen“ haben 8,35 Millionen Zuschauer (1. Teil) und 9,12 Millionen (2. Teil) die dramatische Geschichte einer Frau verfolgt, die gegen einen Staat kämpft, der ihre Kinder als Geiseln hält. Ein bewegender Film, in dem die Balance zwischen Alltag, Angst und Widerstand in der DDR gekonnt in Handlung umgesetzt worden ist. Kein Rührstück, sondern ein Spielfilm, der viele Menschen schon deshalb nicht unberührt ließ, weil sie die Bespitzelung, Überwachung und Verfolgung im Staat der SED selbst erlitten haben. Für alle anderen war die mit großen Emotionen verbundene Unterhaltung durch den Zweiteiler zugleich ein Lehrstück über eine überwundene Diktatur – zeitgeschichtliche Bildung für Millionen Deutsche.

Hans-Jürgen Grasemann

Benno Hafenegger/Reiner Becker:

Rechte Jugendcliquen

**Zwischen Unauffälligkeit und Provokation
Eine empirische Studie**

Schwalbach/Ts. 2007 (Wochenschau-Verlag, 108 S.)

Rechtsextreme Jugendgruppen im Visier

Rechtsextremistische Jugendgruppen bestehen nicht nur in den östlichen, sondern auch in den westlichen Bundesländern Deutschlands – z. B. in Hessen. Darauf machte bereits 1999 der Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafenegger und seine Mitarbeiter in einer kleinen Buchveröffentlichung aufmerksam. Als Folgestudie legte Hafenegger nun mit Reiner Becker den Band „Rechte Jugendcliquen. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Eine empirische Studie“ vor. Darin werten die Autoren die Ergebnisse von Umfragen bei kommunalen Jugendpflegern in Hessen aus. Im Zentrum stehen Struktur und Zusammensetzung, Aktivitäten und Merkmale, Entwicklung und Geschichte rechtsextremistischer Cliquen.

Demnach existieren in verschiedenen Regionen des Bundeslandes derartige Personenzusammenschlüsse, meist aus 5 bis 30 männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit niedrigem Schulabschluss und aus unterer sozialer Schicht. Deren Abstiegsängste und Ohnmachtserfahrungen bildeten eine mentale Befindlichkeit, welche von Rechtsextremisten erfolgreich angesprochen werden könne. Mit dem kulturellen Code „nationale Geborgenheit und Größe“ biete man eine geschlossene Lebenswelt als Alternative zum Bestehenden.

Becker und Hafeneggers Studie liefert zweifellos interessante Angaben und Reflexionen, bewegt sich aber auf einer recht dünnen empirischen Basis. Lediglich 123 von 434 angeschriebenen Kommunen (also 28,3 %) antworteten, teilweise aber nur unvollständig. Inwieweit die kommunalen Jugendpfleger die Entwicklung rechts-

extremistischer Jugendgruppen angemessen einschätzen können, wäre darüber hinaus kritisch zu hinterfragen. Außerdem variieren die Daten etwa zu Größe und Kleidung relativ stark, woraus sich kaum weiterführende Schlussfolgerungen ziehen lassen. Insofern ist der Aussagewert der Studie nicht all zu hoch. Gleichwohl richtet sie den Blick auf ein bislang noch nicht näher zur Kenntnis genommenes Phänomen: die Existenz rechtsextremistischer Jugendgruppen in ländlichen Räumen der westlichen Bundesländer.

Armin Pfahl-Traugher

Stephan Braun/Ute Vogt (Hrsg.):

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“

**Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten,
Autoren und Kunden**

Wiesbaden 2007 (VS-Verlag für Sozialwissenschaften),
262 S., 39,90 €

Subtil operierender Rechtsextremismus

Neigt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mehr einem noch demokratischen Konservativismus zu oder lässt sie sich eher im Rechtsextremismus mit bürgerlichem Gewand verorten? Über diese Frage reflektieren seit Jahren Journalisten und Publizisten, Wissenschaftler und Verfassungsschützer. Nun legen Stephan Braun und Ute Vogt, beide Mitglieder der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, dazu einen Sammelband mit 15 journalistischen und wissenschaftlichen Beiträgen vor. Unter dem Titel „Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden“ finden sich Texte zur allgemeinen Rolle der „Jungen Freiheit“ als Organ der „Neuen Rechten“ und zu den Berichten des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes über die Zeitung, über das Geschichtsverständnis und den Nationalismus

in dem Blatt, über dessen außenpolitische Positionen und Carl-Schmitt-Rezeption, über den Werdegang ihrer Autoren und die Internet-Kampagne der Zeitung sowie zur „Interview-Falle“ der „Jungen Freiheit“ und ihrer Herausforderung für die politische Bildung.

Wie allein schon diese Themen andeuten, erhält man mit dem Sammelband einen umfassenden Überblick zur „Jungen Freiheit“, wobei die meisten Autoren eine zwar verbal abgemilderte, aber inhaltlich eindeutige rechts-extremistische Position der Zeitung ausmachen und belegen. Mitunter fehlt einzelnen Beiträgen dazu ein entwickeltes Analyseraster, gleichwohl erweisen sich die Beispiele dafür als durchaus überzeugend. Sie bedürfen allerdings einer genauen Analyse und Kommentierung sowie einer Einbettung in den Gesamtkontext und die Strategie des Blattes. Im Wissen um die damit verbundene Problematik bemühte sich die Redaktion in den letzten Jahren darum, eindeutige Zitate zugunsten einer Mäßigung verbaler Art weitgehend aus dem Blatt zu nehmen. Dass dies nicht zu einer Demokratisierung der Linie führte, veranschaulichen insbesondere die Beiträge von Wolfgang Gessenharter und Helmut Kellershohn. Man muss bei der kritischen Lektüre eben ein wenig in die analytische Tiefe gehen, das Instrumentarium der Ideologiekritik zur Anwendung bringen und die ideengeschichtliche Dimension nicht vergessen.

Interessant wäre in diesem Kontext sicherlich auch eine vergleichende Betrachtung älterer und neuerer Beiträge der Zeitung: Sie hätte die inhaltliche Kontinuität im Wechsel der formalen Präsentation noch deutlicher machen können. Interessant wäre auch noch eine ausführliche Darstellung und Analyse des „Instituts für Staatspolitik“ gewesen, steht es doch der „Jungen Freiheit“ ideologisch wie organisatorisch nahe. Vermissen Kenner der Materie diesen Aspekt, so können sie in dem beachtenswerten Beitrag zur Internet-Kampagne des Blattes überaus interessante Informationen erhalten. Margret Chatwin zeigt aufschlussreich, wie Autoren des Blattes mit Einträgen bei Wikipedia politischen Einfluss ausüben wollen. Die gesamtgesellschaftliche Wirkung der „Jungen Freiheit“ wird hingegen nicht näher thematisiert, sieht man einmal von den knappen, aber prägnanten Aussagen von Helmut Lölhöfchel ab. Insgesamt handelt es sich um einen interessanten und lesenswerten Sammelband. Er macht auch deutlich, dass es einer differenzierten und nüchternen Betrachtung bedarf, um die Funktion des Blattes als subtil wirkendes Organ zu erkennen.

Armin Pfahl-Traugber

Dennis Riffel:

Unbesungene Helden

**Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats
1958 bis 1966.**

Berlin 2007 (Metropol Verlag), 277 S., 19,00 €

„... mehr Ehre als tausend Generälen“.

Als erster deutscher Politiker ehrte der Berliner Senator Joachim Lipschitz (SPD) Judenretter und machte den

Menschen das Angebot, sich nicht mehr an Kriegshelden, sondern an den „Helden der Humanität“ zu orientieren.

Die israelische Gedenkstätte Yad Vashem zeichnete seit 1954 im Auftrage des Staates Israel Judenretter als „Gerechte unter den Völkern“ aus. Wenig bekannt ist, dass es schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg auch in einem deutschen Bundesland eine ähnlich konzipierte Ehrungsinitiative gegeben hat. Sie wurde von dem sozialdemokratischen Politiker Joachim Lipschitz ins Leben gerufen und von 1956 bis 1966 vom Senat des Landes Berlin praktiziert. Nach dem Tode des Innensensors – er wurde nur 43 Jahre alt – fiel sein Projekt der Vergessenheit anheim.

Lipschitz, der in der nationalsozialistischen Zeit als „Halbjude“ verfolgt worden war und in einem Versteck überlebt hatte, betrieb eine offensive Erinnerungspolitik. Er wollte nichts Geringeres anstoßen als die Abkehr von der in Deutschland traditionsreichen Verehrung von Kriegshelden, den „professionellen Gehilfen des Todes“, und die Hinwendung zu den Helfern und Rettern, die er als „Helden der Humanität“ betrachtete, denen „mehr Ehre“ gebühre „als tausend Generalen“.

Zunächst einmal bot die Berliner Initiative den Juden, die in der Reichshauptstadt überlebt hatten, die Möglichkeit, ihren Helfern und Rettern eine Dankeschuld abzustatten. Politisches Gewicht erhielt diese Danksagung dadurch, dass der Staat – in diesem Falle der Berliner Senat – die ehrende Anerkennung übernahm und sie in einem offiziellen Akt zum Ausdruck brachte. Bei Bedürftigkeit erfolgte darüber hinaus eine materielle Zuwendung. Indem Senator Lipschitz die Judenretter ehrte, erinnerte er die deutsche Gesellschaft daran, dass es auch ein „anderes Deutschland“ gegeben hatte, auf das die deutsche Gesellschaft stolz sein konnte. Angeregt worden war der Politiker durch das Buch des jüdischen Journalisten Kurt R. Grossmann „Die unbesungenen Helden“, das eine Sammlung von Rettergeschichten enthielt. Der Berliner Innensensor griff die in dem Begriff „unbesungene Helden“ mitschwingende Aufforderung auf und setzte sie politisch um.

In seiner Dissertation, die am Zentrum für Antisemitismusforschung der Freien Universität Berlin entstand, legt Dennis Riffel, heute Mitarbeiter der Geschäftsführung von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, die Ergebnisse seiner Forschungen über die vergessene Geschichte der Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ vor. Da ihm das komplette Aktenmaterial zur Verfügung stand, kann er alle relevanten Facetten seines Themas ausleuchten und sie quellennah und präzise beschreiben. Er schildert das Zustandekommen des Projekts und seine administrative Umsetzung. Ausführlich geht er auf die Schwierigkeiten der Kriterienbildung ein, nach denen die Sachbearbeiter des Senats über die Ehrungswürdigkeit entschieden. Schließlich berichtet er, wie es dazu kam, dass der Berliner Senat von den insgesamt 1.864 Personen, für die ein Antrag gestellt wurde, 760 Menschen ehrte, den anderen 1.104 dagegen die Auszeichnung versagte.

Aufschlussreich ist die Beschreibung der Veranstaltungen, mit denen Lipschitz seine Botschaft in eine größere Öffentlichkeit hineinragen wollte. Anwesend waren regelmäßig Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Berlin

und der Verfolgtenverbände. Gelegentlich nahmen auch die Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und Heinrich Albertz an den Ehrungen teil. Doch blieb das öffentliche Echo eher mager. Besonders bedrückend war es für Lipschitz, zu sehen, dass seine erinnerungspolitische Offensive in kaum einem anderen Bundesland auf Gegenliebe stieß und nirgendwo nachgeahmt wurde. Dennis Riffel nennt die Gründe für das Nicht-Wahrnehmen-Wollen der Retter in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren: Die Retter seien damals noch nicht als Widerständige angesehen worden, sondern als unbequeme Mahner, als „eine Art lebender Vorwurf“ an die Mehrheitsgesellschaft, wie sich Bertold Beitz einmal ausdrückte. So dürfte das allmähliche Einschlafen der Berliner Ehrungsinitiative seit 1964 der Mehrheit der Angehörigen der Kriegsgeneration nicht ungelegen gekommen sein. Wollte sie doch nicht ständig vorgeführt bekommen, dass es in der NS-Zeit gerade auch für „kleine Leute“ durchaus möglich gewesen war, Rettungswiderstand zu leisten.

Die Berliner Ehrungsinitiative der 50er Jahre kann uns daran erinnern, dass es im Interesse einer wohl verstandenen deutschen Erinnerungspolitik liegt, die Verantwortung für die Ehrung von Rettern nicht allein der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem zu überlassen. Vielmehr muss es ein genuines, ständiges Anliegen der deutschen Gesellschaft selbst sein, die „Helden der Humanität“ als Vorbilder herauszustellen und in einer zeitgemäßen Form für die von ihnen ausgehende Botschaft zu werben.

Wolfram Wette

Der Rezensent ist seit 1998 apl. Professor für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg i. Br., Mitbegründer des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AHF), Mitherausgeber der Reihe „Geschichte und Frieden“ und des Jahrbuchs für Historische Friedensforschung und Mitglied von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

Zuletzt ist von ihm als Herausgeber erschienen: Filbinger. Eine deutsche Karriere, zu Klampen Verlag 2006.

Klaus Marxen/Anette Weinke (Hrsg.):

Inszenierung des Rechts: Schauprozesse, Medienprozesse und Prozessfilme in der DDR

Berlin 2006, Berliner Wissenschafts-Verlag,
234 S., kart. 19,80 €

Der ausgelieferte Mensch in den Netzen von Justiz und Medien unter der Allgewalt der Monopartei

Kennzeichen der Schauprozesse im stalinistischen Machtsystem der Sowjetunion in den 30er Jahren war ihre totale Rechtsinszenierung: konstruierte Beschuldigungen, minimale Bezüge zur Realität, glaubwürdig erscheinende Geständnisse der Angeklagten von nicht begangenen Verbrechen durch skrupellose Anwendung physischer und psychischer Folter.

Dieser Prototyp der Moskauer Prozesse wurde in der Nachkriegszeit in den „Volksdemokratien“ adaptiert. Opfer waren etliche prominente treue Stalinisten, die wegen behaupteter „titoistisch-imperialistischer“ Verschwörung angeklagt und hingerichtet wurden. Auch in der DDR war ein großer Schauprozess nach Budapester und Prager Vorbild gegen hohe Funktionäre im Rahmen der SED-Kampagne gegen „Agenten des amerikanischen Geheimdienstes“ innerhalb der Partei geplant.

Kurt Müller, im März 1950 verhafteter 2. Vorsitzender der westdeutschen KPD, hat später über seine Vernehmung durch Erich Mielke berichtet:

„Mielke erklärte mir bei dieser ‚Vernehmung‘ ganz offen: ‚Sie sind ein politischer Mensch und müssen begreifen, dass wir in Deutschland einen großen Prozess zur Erziehung der Partei und der Massen brauchen. In diesem Prozess werden Sie der Hauptangeklagte sein‘. Er fügte hinzu: ‚Wir brauchen einen Prozess wie den Rajk-Prozess in Budapest‘ und erklärte mir, dass dieser Prozess, zu dem dann Betriebsdelegationen eingeladen werden sollten, unbedingt in acht bis neun Monaten steigen müsse. Als ich Mielke auf seine dauernden Forderungen nach Aussagen sagte, dass ich unschuldig sei und nicht wisse, was ich aussagen solle, antwortete er: ‚Ich verbiete Ihnen das Wort unschuldig hier noch einmal zu gebrauchen. Sie wissen nicht, was sie aussagen sollen? Ich habe Ihnen das Protokoll des Rajk-Prozesses übergeben lassen. Da wissen Sie doch, was Sie auszusagen haben.‘“

In den Stasi-Schauprozessen der 50er Jahre, begleitet von groß angelegten Medienkampagnen, war – dem Moskauer Vorbild folgend – das kompromisslose Geständnis des Beschuldigten im Sinne der Anklage von zentraler Bedeutung. Seine letzten Vernehmungen dienten freilich dem Einstudieren der Angeklagtenrolle entsprechend dem Prozessdrehbuch des MfS. Ein Überlebender hat nach 1989 berichtet, dass er und seine Mitangeklagten in Hohenschönhausen die Geständnisse der vom MfS erfundenen Taten auswendig lernen und auch die Mimik und Gesten proben mussten. Auch seien ihnen die Fragen des Gerichts vorgelegt worden. Am Vorabend vor dem Schauprozess habe der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft im Keller der Untersuchungshaftanstalt mit ihnen noch eine Generalprobe durchgeführt, die so erfolgreich war, dass sie bei der „Uraufführung“ vor dem Obersten Gericht sich keine Versprecher und „Hänger“ leisteten. Die zum Tode Verurteilten haben hingegen nicht mehr erfahren, dass ihr eigentliches Urteil nicht im Gerichtssaal fiel, sondern vorher im ZK der SED durch den Parteivorsitzenden gefällt worden war.

Nach dem Mauerbau richtete sich die propagandistische Ausrichtung der Strafverfolgung vor allem gegen die Fluchthelfer aus dem Westen. Wegen „organisierten Menschenhandels“ und als „Handlanger der Westberliner Hetzzentralen“ wurden in in einer Serie spektakulärer Schauprozesse hohe Haftstrafen bis hin zu lebenslänglich ausgesprochen. Wie später in den 70er Jahren, als Mitglieder „krimineller Menschenhändlerbanden“, die das Transitabkommen „missbraucht“ hatten, vor Gericht standen, erhielten Presse, Rundfunk und Fernsehen von der Agitationsabteilung des ZK der SED genaue Instruktionen für die Prozessberichterstattung. Der

„Deutsche Fernsehfunk“ (DFF) berichtete ausführlich aus dem Gerichtssaal. In einem Schauprozess 1973 vor dem Stadtgericht, der sich über sechs Tage hinzog, wurde während der Verhandlung ein Film über die „Hintergründe“ der Fluchthilfe vorgeführt, den das SED-Politbüro bei der DEFA in Auftrag gegeben hatte und dessen Inhalt Wiederhall in den Medien finden sollte.

Ohne gesetzliche Grundlage hatten in der DDR Rundfunk, Film und Fernsehen unbeschränkten Zugang zu öffentlichen Hauptverhandlungen. Die Fernsehaufnahmen zeigen uns heute das Funktionieren der Schauprozesse und dokumentieren die Art ihrer Inszenierung, aber auch das Versagen mancher Delinquenten, die das Auswendiglernen ihrer Aussagen überforderte und deshalb vom Vorsitzenden wieder in „die richtige Spur“ gebracht werden mussten.

Die Bedingungen für eine Verschmelzung von Recht und Medien sind in Diktaturen systembedingt besonders günstig. Wie zuvor der NS-Staat hat das SED-Regime die Lenkung der Massenmedien auch und gerade für Zwecke der Rechtspropaganda genutzt. Es überrascht deshalb, dass die Fernsehberichterstattung noch immer ein weitgehend blinder Fleck in der Erforschung der politischen Prozesse in der DDR ist.

Da zur Geschichte der medialen Aufbereitung des Rechts in der DDR aber auch populäre Sendungen wie „Polizeiruf 110“ und „Der Staatsanwalt hat das Wort“ gehören, ist das Blickfeld über das justizielle DDR-Unrecht hinaus auf die Steuerung des Mediensystems insgesamt zu erweitern. Auch daraus ergibt sich ein neuer Forschungsansatz, den die Geschichtswissenschaft (Roger Engelmann, Marion Detjen, Annette Weinke), die Medienwissenschaft (Gunter Holzweißig, Detlef Kannapin, Reinhold Viehoff) und die Rechtswissenschaft (Klaus Marxen) nunmehr verfolgt. Durch zwei Beiträge zur Film- und Fernsehgeschichte der DDR von Günter Agde und Henning Wrage ergänzt, haben Marxen/Weinke ihre ersten Forschungsergebnisse jetzt in einem Sammelband vorgelegt, der einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der DDR-Diktatur leistet. Für die Zeitgeschichte des Rechts ist die interdisziplinäre Forschungsperspektive vielleicht wegleitend.

Dem Berliner Wissenschaftsverlag und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist – nicht zuletzt um der überlebenden Opfer willen – für die Veröffentlichung zu danken.

Hans-Jürgen Grasmann

Peter-Alexis Albrecht:

Die vergessene Freiheit

Strafrechtsprinzipien in der europäischen Sicherheitsdebatte

Berliner Wissenschafts-Verlag, 2. Aufl., Berlin 2006, 195 S., kart., 14,80 €

Eine Streitschrift für Liberalität

Wer sich seit den Ereignissen des 11. September 2001 Freiheit als Prinzip auf die Fahnen schreibt und sich

traut, diese Fahne in öffentlicher Debatte zu schwenken, wird schnell als realitätsferner sozialromantischer Quertreiber sowie als machtpolitisch unbrauchbar angesehen. Mit der Proklamation der Freiheit gewinnt man keine Wahlen mehr. Zum Wahlsieg helfen nur Bekenntnisse, einen sicheren Staat schaffen zu wollen. Dabei ist der angestrebte Sicherheitszugewinn nur ein scheinbarer, denn Sicherheit entsteht nur auf dem Papier des Gesetzgebers, zur Beruhigung und zum politischen Nutzen desselben und zur Beruhigung des Souveräns, der die Freiheit aufgibt, um Sicherheit einkaufen zu wollen.

In seinem kämpferischen Plädoyer für das Prinzip Freiheit als „Erbe der Aufklärung“ und gegen die sich europaweit vollziehenden Rechtserosionen in der sich entwickelnden „Sicherheitsgesellschaft“ steuert Peter-Alexis Albrecht, Professor für Strafrecht und Kriminologie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, schon eingangs seiner Ausführungen auf seine Kernthese zu.

„Um heute nicht mehr den Anfängen, sondern einem bitteren Ende zu wehren“, sei die „Ewigkeitsgarantie“ des Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz „strenge und unachgiebig auszulegen“, zitiert Albrecht zwei Richterinnen am Bundesverfassungsgericht. Dem höchsten deutschen Gericht attestiert er, dass nicht wenige seiner Entscheidungen verfassungsrechtlichen Schutz gegen grundrechtsverzehrende Gefahren und völlig entfesselte Prävention polizeilichen Erkenntniszugriffs gewährt haben. Präventives Abhören ohne tatsächliche Anhaltspunkte, präventive Rasterfahndung ohne konkretisierte Gefahrenlage, finaler Rettungstotschlag im Luftverkehr unter Preisgabe der Garantie der Menschenwürde und Europäischer Haftbefehl ohne Berücksichtigung fundamentalen Grundrechtsschutzes hätten das Bundesverfassungsgericht mit striktem Grundrechtsschutz reagieren lassen.

Dennoch fürchtet Albrecht, dass das zerbrechliche rechtsstaatliche Strafrecht im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit zerrieben wird. Denn: „Das populistische Konzept einer Verheißung totaler Sicherheit zerstört die Grundlagen dessen, was es zu schützen vorgibt. Die Folge: Freiheit stirbt mit Sicherheit!“ Abstand müsse genommen werden von der Dauerforderung, dass das Strafrecht totale gesellschaftliche Sicherheit zu bieten vermag. Eher das Gegenteil sei der Fall, befindet der Autor und erinnert an die massiven Unrechtserfahrungen einzelner und ganzer Gesellschaften, die mit dem vollständigen Verlust von Freiheit konfrontiert waren: den Nationalsozialismus in Deutschland, den Faschismus Francos in Spanien, das Regime Salazars in Portugal, das Regime der Obristen in Griechenland und den autoritären Sozialismus in Osteuropa.

In Deutschland erfüllt die Geschichte des Rechts in der DDR die Funktion eines schlechten Vorbilds, weil es primär als Instrument der SED-Herrschaft diente und die Machtposition eines Staates sicherte, der sich des Lebens seiner Bürger kontrollierend bemächtigte: „Der Geheimdienst der DDR trägt den Begriff, der sich als Abgang menschlicher Freiheit begreifen lassen muss, sogar im Namen: Staats-Sicherheit“. Wie aber ist es heute möglich – fragt Albrecht – Sicherheitspakete zu schnüren, in denen verdachtsunabhängige Kontrollen vorgesehen sind, ohne dass dies als Ohrfeige für das his-

torische Gedächtnis in Ostdeutschland verstanden wird? Seine Antwort: „Es ist nicht möglich. Wer ‚Sicherheitspakete‘ schnürt, handelt in einer politisch unsensiblen Ignoranz gegenüber den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit. Die Diskussion um das Grundrecht auf Sicherheit belegt diese fehlende Sensibilität für historische Erfahrungen. Hiermit ist nicht gesagt, dass sich die beschriebenen historischen Erfahrungen wiederholen werden. Andererseits wäre es trügerisch zu glauben, dass Demokratien nur aufgrund ihrer formalen Verfasstheit innerlich und äußerlich gegenüber autoritärem Zugriff auf Dauer gefeit sind. Gerade die Maximierung der Staatssicherheit – zur angeblichen Abwehr terroristischer Bedrohung – kann über Nacht in Staatsterrorismus umschlagen – Demokratie hin, Demokratie her“.

Weil das derzeitige Meinungsklima den Freiheitsrechten weniger gewogen ist und derjenige, der Freiheit einklagt, manchmal vorschnell als „Verharmloser“ von Gefahren gelten kann, die dem Rechtsstaat drohen, stellt Albrecht die Bedeutung der Freiheitsrechte in den Mittelpunkt der politischen Sicherheitsdiskussion, in Deutschland und auf der Ebene der Europäischen Union. Sicherheit sei nichts anderes als eine ausbalancierte Freiheit aller. Nicht Sicherheit gehe der Freiheit voraus, sondern Freiheit sei die unverzichtbare Garantie der Sicherheit oder auch nur des Gefühls von Sicherheit.

Anschaulich und überzeugend streitet der Frankfurter Ordinarius für die Idee der Freiheit, die Begrenzung der Staatsmacht und die Prinzipien der Strafgesetzlichkeit. Er erinnert an die europäischen Rechtstraditionen und deren Geschichte und zitiert aus wegweisenden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Seine Erwartungen an die europäische Integration artikuliert er nachdrücklich. Mit scharfer Kritik geißelt er die „Verpolizeilichung“ des Strafverfahrens, die Ansätze zur Privatisierung des Strafvollzuges, die nicht im Zeichen einer Reform steht, sondern durch Profitdenken getragen wird, den justiziellen Kontrollverlust, der gegenüber den weit im Vorfeld einer polizeilich relevanten Gefahr agierenden Verfassungsschutzbehörden politisch ebenso gewollt sei wie die ausdrückliche Entbindung des Bundesnachrichtendienstes vom Legalitätsprinzip.

Der besondere Wert der klar und verständlich verfassten kleinen Schrift, die sich ausdrücklich auch an den juristischen Laien wendet, besteht darin, dass Peter-Alexis Albrecht seine kritischen Ausführungen mit einem glänzenden Petitem für die Fundamente des Strafprozesses im freiheitlichen Rechtsstaat (Bestimmtheitsgebot, Schuldprinzip, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, Legalitätsprinzip, Unschuldsvermutung u.a.) versieht. Dass verantwortliche Politik, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, stets die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu beachten hat, weil ohne Sicherheit die vom Autor reklamierten Freiheitsprinzipien nicht wirksam bleiben, findet leider nicht genügend Beachtung.

Hans-Jürgen Grasmann

FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. Bonn (ZDWV), Dr. h.c. Annemarie Renger, Postfach 12 06 17, 53048 Bonn.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 0 89 / 1 57 68 13

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Das Bezugsgeld ist bei Mitgliedern der dem ZDWV angeschlossenen Organisationen durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 01. 02. 2008

*Unseren Lesern, Freunden und Mitgliedern
wünschen wir ein
schönes Weihnachtsfest
und ein gesundes Neues Jahr*

Herausgeber und Redaktion